

PROFIL DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION
GRÜN



GEMEINSAM STÄRKER

Klimaschutz und Zusammenhalt

SORGENKIND VERKEHR 2023 muss das Jahr des Klimaschutzes werden. Entschlossenes Handeln ist besonders im Verkehrssektor gefragt, der seinen Zielen weit hinterherhinkt. Wo genau wir hier umlenken müssen, erklären Lisa Badum und Stefan Gelbhaar. **Seite 4**

KINDERGRUNDSICHERUNG KOMMT Sie ist eine grüne Herzenssache und ein zentrales Reformprojekt der Ampel. Die Kindergrundsicherung wird allen Kindern gute Startchancen verschaffen. Britta Haßelmann und Nina Stahr berichten. **Seite 8**

MITKNOW-HOW UND ZUVERSICHT Sandra Detzer ist neue wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 12**

ERNÄHRUNGSWENDE JETZT! Gesunde Ernährung, Ökolandbau und Tierschutz gehören zusammen. Renate Künast und Zoe Mayer plädieren für eine Ernährungswende, die Verbraucher*innen statt Konzerne in den Mittelpunkt stellt. **Seite 14**

SO GEHT'S AUFWÄRTS Offene Stellen, unbesetzte Ausbildungsplätze, Arbeit, die liegen bleibt: Deutschland braucht dringend Fachkräfte. Im Gespräch zeigen Anja Reinalter und Tina Winklmann grüne Lösungen für die Misere auf. **Seite 16**

AUS DEN FACHBEREICHEN Wir berichten über unsere weiteren parlamentarischen Vorhaben. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Highlights unserer Veranstaltungen. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Holger Böthling, Gisela Hüber, Gestaltung: Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann,
Titelmotiv: shutterstock, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 138.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 24. März 2023, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

seit Jahren geht die bündnisgrüne Fraktion in Weimar „in Klausur“, um sich zu besinnen und für die Zukunft zu planen. „Gemeinsam stärker, Klimaschutz und Zusammenhalt“ war der Arbeitstitel unseres Treffens in diesem März. Als bündnisgrüne Bundestagsfraktion sorgen wir dafür, dass es beim Klimaschutz vorangeht, dass Verkehrs- und Energiewende Gestalt annehmen. Dabei ist uns stets wichtig, das Soziale im Blick zu behalten und damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn bei allem, was wir vorhaben, gilt: Gemeinsam sind wir stärker.

Die Legislaturperiode ist in vollem Gang und wir haben die Chance, entscheidende Maßnahmen zum Klimaschutz durchzusetzen. Das packen wir als Bundestagsfraktion auch im Dialog mit den Menschen an, die es betrifft. Eines unserer Gesprächsthemen in Weimar war darum der Strukturwandel in Ostdeutschland. Der Abschied von der Kohle macht dort vielen Menschen Sorgen. Je früher wir jedoch notwendige Veränderungsprozesse aktiv gestalten, desto besser sind die Perspektiven für diese Regionen.

Unser Ziel ist, so schnell wie möglich in allen Sektoren – vom Verkehr bis zur Landwirtschaft – klimaneutral zu werden. Die Voraussetzung dafür ist mehr erneuerbare Energie aus Wind und Sonne. Darum will die Ampelregierung, dass die Erneuerbaren den Strombereich bis 2030 zu 80 Prozent abdecken. Ein völlig neues Niveau für den Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See! Bereits in zwölf Jahren kann die Stromversorgung in Deutschland dann nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen.

Zum Gelingen der Energiewende gehört auch die Wärmewende. Langfristig brauchen wir nachhaltige, unabhängige und sichere Lösungen für unsere Wärmeversorgung, die gleichzeitig sozial gerecht sind. Darum ist es richtig, jetzt die nötigen Weichen zu stellen. Wer noch eine Öl- oder Gasheizung hat, kann sie weiter betreiben und instand halten. Wer allerdings eine neue Heizung braucht, sollte eine nachhaltige Lösung wählen. Schon jetzt gibt es dafür finanzielle Unterstützung und Förderung. Wir Grüne werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass grüne und sichere Wärme für alle bezahlbar ist.

Klimaschutz hat unsere oberste Priorität. Aber die Liste unserer parlamentarischen Vorhaben ist lang. Einen aktuellen Ausschnitt präsentieren wir in diesem Heft – zum Beispiel die Kindergrundsicherung, ein weiteres zentrales Vorhaben der Ampel.

Wir Grüne sorgen dafür, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und Klimaschutz, Ökologie und Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Auch deshalb macht Grün den entscheidenden Unterschied – seit nunmehr 40 Jahren im Bundestag.

Katharina Dröge

Herzlich

Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende



Foto: Stefan Kaminski

DER VERKEHR IST EIN SORGENKIND



LISA BADUM
Obfrau im Ausschuss für
Klimaschutz und Energie

STEFAN GELBHAAR
Leiter der AG Mobilität

Saftige Wiesen, grüne Wälder – werden wir uns bald alte Postkarten anschauen, um uns daran zu erinnern? Oder laufen wir Gefahr, die Folgen der Klimakrise zu akzeptieren und uns an Katastrophenmeldungen über Dürren, Überflutungen und Verwüstung in aller Welt zu gewöhnen? Wir haben es noch in der Hand, das Ruder herumzureißen, aber wir müssen es tun. Jetzt und konsequent. Vor allem im Verkehr müssen die klimaschädlichen Emissionen schleunigst sinken.

ZERSTÖRERISCHE KLIMAKRISE

Wir waren gewarnt, jetzt sind die Anzeichen unübersehbar: Die Klimakrise ist real. Die vergangenen acht Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. In den vergangenen zehn Jahren lag die globale Durchschnittstemperatur bereits 1,15 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau.

Weltweit richtet die Klimakrise heute schon immense Schäden an, verwüstet ganze Landstriche und kostet Tausende Menschenleben. Dürren, Fluten, Hitzeperioden und andere Extremwetterereignisse vernichten unsere Lebensgrundlagen. Seit dem Jahr 2000 beliefen sich allein in Deutschland die ökonomischen Kosten dieser Extremwetterereignisse, die durch die Klimakrise immer wahrscheinlicher werden, auf 145 Milliarden Euro.

Und wenn wir nicht entschlossen gegensteuern, wird es noch schlimmer kommen. Die Klimawissenschaft warnt seit geraumer Zeit vor dem Überschreiten von Kipppunkten wie dem Abschmelzen der polaren Eisschilde. Damit würde ein unumkehrbarer Prozess angestoßen: Die Erderhitzung schaukelt sich immer weiter hoch – mit katastrophalen Folgen für die Menschheit, Natur und Umwelt.

Die Gesellschaft und alle, die für sie Verantwortung tragen, müssen sich entscheiden: Sind wir bereit, die planetaren Grenzen anzuerkennen und danach zu handeln? Oder lassen wir es weiterhin darauf ankommen, mit den Konsequenzen leben zu müssen? Ein „Weiter so“ bedeutet in jedem Fall, dass wir keine Wahl mehr haben werden.

ABKOMMEN VON PARIS VERLANGT MEHR TEMPO

Im Jahr 2015 gab es Anlass zur Hoffnung: Mit dem Klimaabkommen von Paris verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft auf klare Ziele. Danach muss die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, besser auf 1,5 Grad. Acht Jahre später sind wir global gesehen von dem 1,5-Grad-Ziel weit entfernt.

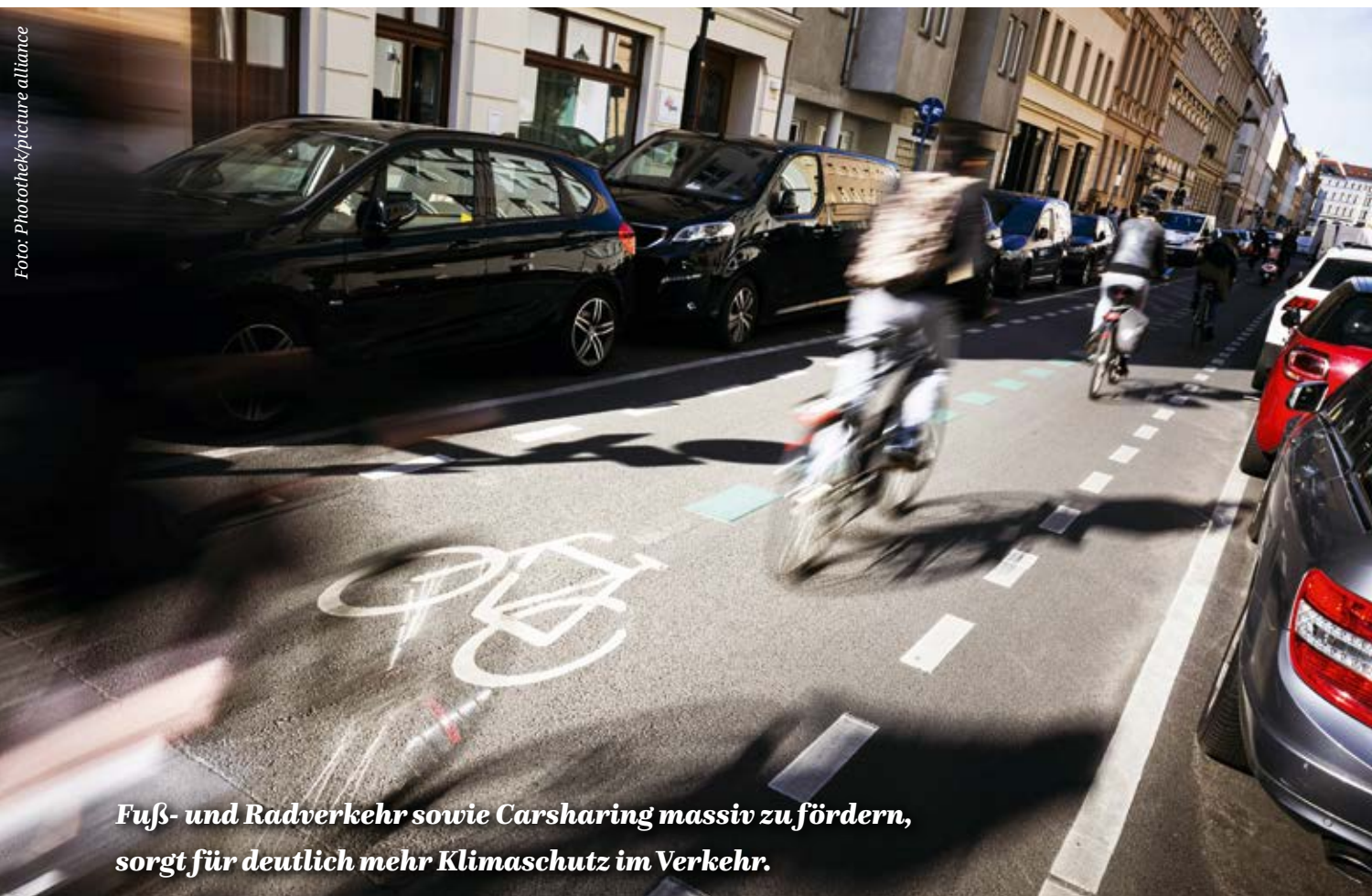
Erst seit 2019 hat Deutschland ein Klimaschutzgesetz. Darin ist gesetzlich festgeschrieben, in welchem Umfang die Treibhausgasemissionen reduziert werden sollen und welche Verpflichtungen damit auf die einzelnen Sektoren zukommen – von der Energiewirtschaft über Industrie, Verkehr und Gebäude, von der Landwirtschaft bis zur Abfallwirtschaft.

Schon bei der Verabschiedung des Gesetzes haben wir Grünen kritisiert, dass die Ziele nicht ausreichen. Erst nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts besserte die Große Koalition nach. Das Minderungsziel für 2030 wurde von ursprünglich 55 auf 65 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 angehoben und das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 verankert. Allerdings fehlten noch immer die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele. Als Robert Habeck mit seiner Amtsübernahme als Bundesklimaschutzminister Bilanz zog, fiel diese deshalb auch entsprechend ernüchternd aus: Die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen waren in allen Bereichen unzureichend. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir ein anderes Tempo einlegen: Bis 2030 müssen die Emissionen dreimal so schnell gesenkt werden wie heute.

Die Ampelregierung hatte sich vorgenommen, es besser zu machen. Bis Ende 2022 sollte laut Koalitionsvertrag ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen und Vorhaben auf den Weg gebracht und abgeschlossen werden. So weit ist es zwar noch nicht, doch vor allem die grün geführten Ministerien haben bereits zahlreiche wichtige Initiativen gestartet. Robert Habeck beschleunigte den Ausbau der erneuerbaren Energien. Er erhöhte die Fördermittel für energetische Gebäudesanierung und den Kauf von Elektroautos deutlich. Umweltministerin Steffi Lemke stellte mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz Maßnahmen vor, wie funktionsfähige Ökosysteme helfen können, die Klimakrise einzudämmen. Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sicherte knapp zwei Milliarden Euro für den klimafreundlichen Umbau der Tierhaltung und klimafeste Wälder zu. Wo es nach wie vor am politischen Willen mangelt, ist der Verkehr.

DER VERKEHRSEKTOR MUSS MITZIEHEN!

Bundesverkehrsminister Volker Wissing macht keinerlei Anstalten, seine Klimaschutzverpflichtungen zu erfüllen. Der Verkehrsbereich trägt mit rund 20 Prozent zu den gesamten Emissionen in Deutschland bei. Bis 2030 müssen sie gegenüber 2019 nahezu halbiert werden. Die Bundesregierung schätzt, dass im Verkehrssektor bis 2030 eine Lücke von 271 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten klaffen wird, wenn weiter nichts passiert. Das entspricht nahezu den kompletten Verkehrsemissionen der vergangenen beiden Jahre.



Fuß- und Radverkehr sowie Carsharing massiv zu fördern, sorgt für deutlich mehr Klimaschutz im Verkehr.

Weil auch im Jahr 2021 zu wenig Emissionen eingespart wurden, war Verkehrsminister Volker Wissing dazu verpflichtet, ein Sofortprogramm vorzulegen, um gegenzusteuern. Es erfüllte jedoch die gesetzlichen Vorgaben nicht. Der Expertenrat für Klimafragen bewertete es entsprechend als „schon im Ansatz ohne hinreichenden Anspruch“ und prüfte die vorgeschlagenen Maßnahmen erst gar nicht. Wenn es bei diesen Maßnahmen – die wohlgerne längst nicht umgesetzt sind – bliebe, hätte der Verkehrssektor bereits im Jahr 2029 sein verbleibendes Budget aufgebraucht. Danach dürften gar keine Emissionen mehr produziert werden. Das würde bedeuten: Fossile Fahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe wären bereits in sechs Jahren nicht mehr nutzbar.

Eine Besserung ist noch nicht in Sicht. Nach Mitteilung des Umweltbundesamts vom März 2023 sind die Verkehrsemissionen 2022 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal angestiegen. Doch statt sich an das Gesetz zu halten und aktiv zu werden, fordert die FDP, die Sektorziele ganz aus dem Klimaschutzgesetz zu streichen. Die Emissionen des Verkehrssektors müssten dann an anderer Stelle eingespart werden – nur wo, das lässt die FDP offen.

WIRKSAMER KLIMASCHUTZ – SO GEHT'S

Um seine gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, müsste der Verkehrsminister schleunigst wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz vorlegen und sie dann auch umsetzen. Im Fokus steht der Straßenverkehr, hier entstehen mit mehr als 90 Prozent die mit Abstand meisten CO₂-Emissionen, die dem deutschen Verkehrssektor zugerechnet werden.

Deshalb muss es darum gehen, fossile Verkehre zu vermeiden, zu verlagern oder klimaneutral zu gestalten.

Klimaschädliche Subventionen abbauen. Bis heute fördern wir mit Steuergeldern klimaschädliches Verhalten: bei der Energiesteuer für Diesel, beim Dienstwagenprivileg, der Entfernungspauschale und gleich bei mehreren Rabatten für den Flugverkehr, unter anderem bei der Mehrwertsteuer. Die Folgekosten, die der Verkehr für Klima, Umwelt und Gesundheit verursacht, werden nahezu gar nicht eingepreist. Das Umweltbundesamt beziffert das Bündel klimaschädlicher Subventionen im Verkehrsbereich auf 31 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Politik ist kaum noch zu rechtfertigen und gerät aus gutem Grund immer mehr in die Kritik.

Fossile Verkehre vermeiden. Den Autoverkehr zu reduzieren ist der effektivste Hebel. Die Pendlerströme zum Beispiel ließen sich mit einem konsequenten Recht auf Homeoffice deutlich verringern. Um Bus und Bahn attraktiver zu machen, müssen diese Verkehrsmittel stärker gefördert werden. Mit dem dreimonatigen 9-Euro- und dem dauerhaften 49-Euro-Ticket haben wir verkehrspolitisch einen wichtigen bündnisgrünen Pflock eingeschlagen. Die günstigen Tickets werden für viele Pendler*innen ein Anreiz sein, ihr Auto stehen zu lassen – von mehreren Millionen neuen Nutzer*innen des ÖPNV spricht die Branche. Das erfordert auch mehr Investitionen. Für die Bahninfrastruktur haben wir im Koalitionsausschuss zusätzliche 1,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2023 bis 2025 in den Haushalt verhandelt. Doch das reicht nicht, um Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Der Schienenausbau, die Reaktivierung von Strecken, die Elektrifizierung und Digitalisierung sowie die Instandhaltung von Schienenstrecken müssen absolute Priorität haben und mit aller Kraft vorangetrieben werden. Schließlich muss auch ein großer Teil des Straßengüterverkehrs auf die Schiene verlagert werden.

Fuß- und Radverkehr fördern, Carsharing ausbauen. Das Rad wird auch als Fortbewegungsmittel im Alltag immer beliebter. Um diesen Trend zu verstärken, braucht es eine gute Infrastruktur. Jedes Dorf muss ans Fahrradnetz angebunden werden. Bahnhöfe und andere zentrale Orte müssen über sichere Radparkhäuser und Mobilitätsstationen verfügen. Wir brauchen Städte und Dörfer der kurzen Wege. Nicht zuletzt gilt es, im Straßenverkehrsrecht die Weichen neu zu stellen: Sicherheit, Klima- und Umweltbelange müssen wichtiger sein als fließender Autoverkehr. Kommunen sollen selbst entscheiden können, wo eine Radspur, ein Zebrastreifen oder ein verkehrsberuhigter Bereich entstehen soll. Auch die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen muss deutlich gestärkt werden.

Die Antriebswende voranbringen. Die Förderung von E-Autos zeigt ihre Wirkung. Fast 18 Prozent der Neuzulassungen im Jahr 2022 waren elektrisch betriebene Autos – so viele wie nie zuvor. Das ist gut, reicht aber nicht. Um den Trend zum klimafreundlichen, energiesparenden Auto zu verstärken, schlägt etwa Greenpeace eine Kfz-Neuzulassungsgebühr für klimaschädliche Autos vor. Damit die Hersteller auch klimafreundliche Autos bauen und verkaufen, brauchen wir ambitionierte CO₂-Obergrenzen für Pkw und Lkw. Die Verschärfung der sogenannten Flottengrenzwerte für Pkw, die im Jahr 2022 beschlossen wurde, ist ein bündnisgrüner Erfolg, den Steffi Lemke in der EU verhandelt hat. Die Flottengrenzwerte für Lkw stehen in diesem Jahr zur Debatte. Und auch hier werden wir ambitionierte Ziele fordern.

Tempolimit einführen. Dies ist eine einfache und nahezu kostenlose Maßnahme, die sofort Wirkung zeigen würde. Angesichts der Klimakrise können wir uns Spaßemissionen einfach nicht mehr leisten. Das Umweltbundesamt

hat jüngst mit genaueren Messdaten errechnet, dass ein Tempolimit sogar deutlich mehr bringt als bisher gedacht: Bei einem Tempo von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h außerorts könnten wir die Ziellücke des vergangenen Jahres im Verkehrssektor zu 80 Prozent schließen. Unsere europäischen Nachbarn machen es zum Teil schon vor.

Neben uns Grünen haben auch das Umweltbundesamt sowie zahlreiche Umwelt- und Verkehrsverbände immer wieder Vorschläge für die Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich unterbreitet. Klar ist, dass einzelne Vorschläge nicht (mehr) ausreichen werden. Zu groß ist die Klimaschutzlücke, die zwischen Zielen und tatsächlich Erreichtem klafft. Nötig ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen aus dem Dreiklang Antriebswende, Verkehrsverlagerung und Verkehrsvermeidung.

Dass wir durch ausbleibende politische Weichenstellungen so viel Zeit verlieren, ist fatal. Der Druck auf zukünftige Maßnahmen wird dadurch – ebenso wie die Klimaschutzlücke – täglich größer.

NICHT HILFREICH: NOCH MEHR STRAßEN

Fatal sind Pläne, neue Straßen und Autobahnen zu bauen. Neue Straßen sind dreifach klimaschädlich: Dort, wo für den Bau Moore trockengelegt und Wälder abgeholzt werden, gehen unglaublich wertvolle CO₂-Senken verloren. Zudem setzt bereits der Bau von Straßen enorm viel CO₂ frei, insbesondere bei der Herstellung und dem Transport des Baumaterials. Auch beim Erhalt von Straßen wird in Zukunft noch CO₂ in die Umwelt abgegeben. Drittens erzeugen neue Straßen immer zusätzlichen Verkehr. Solange wir keine rein elektrische Fahrzeugflotte haben – davon sind wir leider meilenweit entfernt –, werden auch hier neue Emissionen massiv das Klima belasten.

Das Jahr 2023 muss das Jahr des Klimaschutzes werden. Das gilt ganz besonders für den Verkehrssektor. Dazu müssen wir in der Bundesregierung einen Weg finden, uns konstruktiv auf wirksame Maßnahmen zu einigen. Der Verkehrsminister ist jetzt am Zug, die Vorschläge aufzugreifen und umzusetzen. Wir Grüne im Bundestag werden sicher nicht lockerlassen. Die Klimakrise ist die größte Herausforderung, der sich die Menschheit jetzt und in den kommenden Jahrzehnten stellen muss. Heute können wir noch verhindern, dass die schlimmsten Szenarien Wirklichkeit werden.

● www.gruene-bundestag.de/mobilitaet

Der Artikel wurde zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses unserer Ausgabe am 24. März 2023 fertiggestellt.

Die Kinder- grundsicherung, sie kommt!

VON NINA STAHR UND BRITTA HAßELMANN

Die Kindergrundsicherung ist eine grüne Herzenssache und ein zentrales sozialpolitisches Reformprojekt der Koalition. Unsere Familienministerin Lisa Paus treibt es mit aller Kraft voran. Ab 2025 soll die Kindergrundsicherung ausbezahlt werden – gerechter, einfacher und ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Kinderarmut.

Kinder sind unsere Zukunft. Ihre Zukunft beginnt aber schon heute. Wir wollen, dass alle mit guten Chancen ins Leben starten. In welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt – das darf keine Rolle spielen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn auch in unserem reichen Land sind die Chancen ungleich verteilt.

Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Was das für Kinder bedeutet, darf uns nicht kaltlassen. Kinderarmut grenzt aus. Zum Beispiel in der Schule, wenn zu Hause die Möglichkeit zum digitalen Lernen fehlt. Oder in der Freizeit, wenn es für den Besuch im Schwimmbad nicht reicht. Kinderarmut prägt Entwicklungswege und begleitet ein Leben lang. Unsere Gesellschaft hat hier ein strukturelles Problem. Deshalb wollen wir Kinder vor Armut schützen, indem wir diese Strukturen verändern. Ein starker Hebel dafür ist die Kindergrundsicherung.

Sie ist unser zentrales sozialpolitisches Reformprojekt für diese Legislaturperiode. Gemeinsam mit unseren Ampelpartnerinnen haben wir die Kindergrundsicherung im Koalitionsvertrag verankert. Damit erneuern wir die Fundamente unserer Sozial- und Familienpolitik: Künftig ist die Kindergrundsicherung die zentrale finanzielle Leistung für alle Kinder und Jugendlichen.

Sie bringt einen doppelten Fortschritt. Denn Familien und Kinder bekommen nicht nur mehr Geld als vorher, sondern sie erhalten automatisch alle Leistungen, die ihnen zustehen. Sie müssen sich nicht mehr als Bittsteller fühlen und sich auch nicht durch komplizierte Anträge kämpfen, um zu ihrem Recht zu kommen. Die geplanten Neuregelungen machen die Versorgung einfacher und unbürokratischer und erreichen daher auch mehr Familien und Kinder.

Wir Grüne im Bundestag sind angetreten, die Bedingungen zu schaffen, die allen ein gutes Leben ermöglichen, und zwar von Kindesbeinen an. Das bedeutet für uns, materielle Sicherheit, tatsächliche Chancen und Teilhabe zu garantieren. Und wir versprechen, Sicherheit für jede Lebenslage zu geben. Je mehr Unterstützung gebraucht wird, umso stärker. An dieser Stelle setzt die Kindergrundsicherung an, die gerecht und zielgenau unterstützt: Wer weniger hat, bekommt mehr. Denn jedes Kind ist uns gleich viel wert.

Wirksam gegen Kinderarmut

Noch befinden wir uns auf dem Weg hin zur Kindergrundsicherung und zu einer gerechteren Verteilung. Deutschland ist zwar ein reiches Land, doch jüngste Studien bestätigen, dass mehr als jedes fünfte Kind und jede*r vierte

„Die Kindergrundsicherung ist das zentrale sozialpolitische Reformprojekt dieser Legislaturperiode. In der Ampelkoalition treiben wir es mit der Bundesfamilienministerin Lisa Paus gemeinsam voran. Ich freue mich über den Rückenwind, den wir dabei haben. Die vielen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Ländern und Kommunen an unserer Seite zu wissen, ist enorm wichtig für dieses ambitionierte Projekt.“



BRITTA HABELMANN
Fraktionsvorsitzende

junge Erwachsene von Armut bedroht ist. Die aktuellen Krisen – von der Corona-Pandemie bis zu den Folgewirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – spiegeln sich auch in der Lebenssituation vieler Kinder und Jugendlicher in Deutschland.

Wir wissen, wer die größten Risiken trägt. Oft sind es Alleinerziehende, Geringverdienende mit Kindern oder kinderreiche Familien, bei denen das Geld vorn und hinten nicht reicht. Gemeinsam mit unseren Ampelpartnerinnen haben wir das Versprechen gegeben, die Kinderarmut zu beenden. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir dieses Versprechen einlösen.

Alles aus einer Hand

Die Kindergrundsicherung besteht aus zwei aufeinander aufbauenden Bausteinen: einem fixen Garantiebetrag für alle Kinder und Jugendlichen und einem gestaffelten Zusatzbetrag, der sich nach der finanziellen Situation der Familie richtet. Je niedriger das Einkommen der Eltern ist, desto höher fällt der Zusatzbetrag aus. Wir bündeln damit die vielfältigen bisherigen familienpolitischen Leistungen und machen die Förderung gerechter und übersichtlicher. Mit der Kindergrundsicherung lösen wir zum einen das Kindergeld und die steuerlichen Kinderfreibeträge ab. Aber auch alle bisherigen Leistungen für Kinder und Jugendliche nach dem Sozialgesetzbuch, dem Asylbewerberleistungsgesetz wie auch der Kinderzuschlag und Teile des Bildungs- und Teilhabepakets gehen in der neuen Kindergrundsicherung auf.

Einfacher Zugang für alle

Das aktuelle System der Familienförderung ist zu bürokratisch. Leistungen, die Familien dringend brauchen, kommen oft nicht bei ihnen an. Viele machen ihre Ansprüche nicht geltend, weil undurchschaubar ist, wem welche Leistungen zustehen. Auch die Beantragung wird als kompliziert und entwürdigend empfunden. Das fällt besonders beim Kinderzuschlag auf. Den erhalten erwerbstätige Eltern, die genug für sich selbst verdienen, bei denen es aber eng wird, für eine ganze Familie und insbesondere die Kinder aufzukommen. Doch gerade mal ein Drittel der Berechtigten nimmt diese Leistung in Anspruch. Offensichtlich funktioniert das heutige System der Familienleistungen nicht so, wie es sollte – ein unhaltbarer Zustand.

In Zukunft soll das Antrags- und Bewilligungsverfahren bürgernah sein und staatliche Leistungen für Familien leichter zugänglich machen. Verwaltungsabläufe müssen effizienter werden, Antrag und Bewilligung sollen online möglich sein. Dazu errichten wir ein digitales Kindergrundsicherungsportal mit einem anwendungsfreundlichen und intelligenten Antragssystem. Die Leistung muss gut und niedrigschwellig erreichbar sein. Zu unserem Anliegen, Staat und Verwaltung zu modernisieren und effizienter zu machen, wird auch die Kindergrundsicherung beitragen.

So funktioniert es – Kindergrundsicherung praktisch

Nach der Geburt erhält jedes Kind in Deutschland eine Steueridentifikationsnummer. Damit können Eltern die Kindergrundsicherung online beantragen. Daraufhin wird ein Garantiebetrag ausgezahlt, auf den alle Kinder Anspruch haben. Dann folgt der Kindergrundsicherungs-Check. Hier geht es darum, ob Familien einen Anspruch auf Zusatzleistung haben oder nicht. Das soll mit einem automatisierten Verfahren geprüft werden. Grundlage hierfür sind die

von der Finanzverwaltung bereitgestellten Steuerdaten. Eltern, deren Einkommen eine bestimmte Grenze unterschreitet, sollen dann gezielt angesprochen werden. Auf diese Weise werden Bedarfe frühzeitig ermittelt und die Kindergrundsicherung kommt garantiert bei jedem Kind an.

Wenn junge Erwachsene dann eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und der Bedarf fortbesteht, sollen die Eltern weiterhin die Leistung erhalten. Die entsprechenden Nachweise von Schule, Studium oder Ausbildung können sie digital übermitteln.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit

Nach aktuellem Recht werden Eltern mit hohem Einkommen privilegiert. Denn sie können den Kinderfreibetrag und den Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf geltend machen. So erhalten sie wesentlich mehr Geld für ihr Kind als Eltern, die ausschließlich über das Kindergeld verfügen. Das wollen wir ändern. Perspektivisch haben wir uns daher vorgenommen, den Garantiebetrag so zu erhöhen, dass er die maximale Entlastungswirkung des steuerlichen Kinderfreibetrags erreicht. Das kommt Familien mit geringem Einkommen zugute und schafft mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Aktuelle Entlastungen

Im Vorgriff auf die anstehende Reform konnten wir die Situation von Familien bereits mit einer Reihe von Maßnahmen verbessern: Wir haben das Kindergeld deutlich angehoben; seit dem 1. Januar 2023 beträgt es 250 Euro pro Monat für jedes Kind. Den Kinderzuschlag haben wir auf bis zu 250 Euro erhöht. Als Brücke zur Kindergrundsicherung haben wir außerdem für Familien mit keinem oder geringem Einkommen den Kindersofortzuschlag in Höhe von 240 Euro pro Kind im Jahr eingeführt. Auch die Unterhaltsvorschussleistungen konnten wir deutlich erhöhen – je nach Alter des Kindes um 41 bis 55 Euro pro Monat. Im Zuge des Jahressteuergesetzes haben wir auch den Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag um 252 Euro angehoben.

Bedingungen für Kinder umfassend verbessern

Die Kindergrundsicherung ist der zentrale Baustein im Kampf gegen Kinderarmut. Damit alle Kinder gut aufwachsen, braucht es jedoch mehr. Daher setzen wir weitere Schwerpunkte auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auf gerechte Bildungschancen von Anfang an. Besonders wichtig ist hier die Qualität in der Kindertagesbetreuung, die wir bereits mit dem Kita-Qualitätsgesetz unterstützen. Mit einem bundesweiten Qualitätsentwicklungsgesetz gestalten wir dies im nächsten Schritt weiter aus. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Außerdem wollen wir die zweiwöchige Freistellung des zweiten Elternteils nach der Geburt des Kindes einführen, um die partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit zu unterstützen.

Die breite gesellschaftliche Unterstützung, die wir derzeit erfahren, ist für uns von großer Bedeutung. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unseren Ampelpartnerinnen und den Akteur*innen aus Kommunen, Ländern und der Zivilgesellschaft diese Reform endlich verwirklichen können.

● www.gruene-bundestag.de/kinder

„Es darf nicht sein, dass in einem reichen Land wie Deutschland jedes fünfte Kind in Armut aufwächst. Unsere Vision ist, dass jedes Kind in diesem Land von Anfang an gute Startchancen erhält. Dafür müssen die mehr bekommen, die weniger haben. Zudem entbürokratisieren und digitalisieren wir das System der Familienleistungen. Gleichzeitig müssen wir das kindliche Existenzminimum so ausgestalten, dass alle Kinder gute Teilhabechancen bekommen. Diesen Paradigmenwechsel verfolgen wir mit der Einführung der Kindergrundsicherung in der Sozial- und Familienpolitik.“



NINA STAHR
Leiterin der AG Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Mit Know-how & Zuversicht

Auch in der Wirtschaftspolitik erleben wir eine Zeitenwende, sagt Sandra Detzer. Die Herausforderungen sind immens. Gut, eine wirtschaftspolitische Sprecherin zu haben, die über das Know-how verfügt und persönlich bis über beide Ohren zuversichtlich ist.

„Heute darf man auch mal glücklich sein“, freut sich Sandra Detzer. Sonnig beginnt der Frühling, an diesem 1. März greift auch die Gas- und Strompreislösung der Bundesregierung. Vielen Bürger*innen bringt sie in diesen Zeiten finanzielle Erleichterung. Aber auch kleinen und mittleren Unternehmen. „Wenn viele Firmen nicht mehr wissen, ob sie im nächsten Monat ihre Stromrechnung bezahlen können, dann erschüttert das eine Volkswirtschaft“, sagt Sandra Detzer. „Wir haben ja zwischendurch mit einer massiven Rezession gerechnet. Es ist eine grüne Regierungsleistung, das abzufedern.“ Während sie das feststellt, strahlt sie freundliche Gelassenheit aus, offenes, ungeschminktes Gesicht, wache braune Augen, Mundwinkel nach oben.

Hat sie auch manchmal Bauchschmerzen angesichts der gigantischen Summen, die derzeit mobilisiert werden? „Absolut. Deshalb ist es ja so wichtig, dass wir uns zukünftig nachhaltiger aufstellen und unabhängiger machen. ‚Was, kein russisches Gas mehr?‘, haben uns noch im Wahlkampf viele verständnislos gefragt. Aber jetzt geben uns auch die geopolitischen Entwicklungen recht.“ Bei Unternehmer*innen und Handwerker*innen rennen die Grünen mit ihren Ideen von nachhaltigem Wirtschaften längst offene Türen ein. Aus den Gesprächen in ihrem Wahlkreis Ludwigsburg weiß sie: Die Unternehmen brauchen jetzt klare Rahmenbedingungen. Planungssicherheit, auch um die Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern. Und genau dafür will Detzer sorgen.

Vor zwei Monaten wählte die Fraktion die 42-Jährige zu ihrer wirtschaftspolitischen Sprecherin. Warum sie? „Ich bin hartnäckig, ich habe richtig Bock, mich in Sachen reinzuknien. Unterschiedliche Leute und Themen zusammenführen und zivilisiert streiten, das kann ich gut.“

Ihre Leitlinie ist eine Wirtschaftspolitik mit Augenmaß. „Ich wurde in Baden-Württemberg politisch sozialisiert und zur Mentalität dort gehört: ‚Der andere könnte auch recht haben‘, das prägt mein politisches Handeln sehr.“ In den Zielen glasklar, in der Umsetzung flexibel – mit diesem Rezept haben es die Grünen geschafft, im Ländle von Ingenieurskunst, Strebsamkeit und Streuobstwiesen mehrheitsfähig

zu werden. Sandra Detzer hat dort bis 2021 als grüne Landesvorsitzende die Regierungspolitik in Stuttgart mitgestaltet. Auf diesem Kurs ist sie nun auch bundespolitisch unterwegs. Das „Ländle“ heißt neuerdings „The Länd“, das Plakat der Kampagne an ihrer Bürotür findet sie toll: „Es sagt mit einem Schmunzeln: Wir schieben Innovation weltweit an.“ Schwäbisch spricht die gebürtige Münchnerin bis heute nicht.

Sie kommt aus einem weltoffenen, bodenständigen Elternhaus, die Mutter Lehrerin, der Vater Zahnarzt. In der Schulzeit interessiert sie sich für Geschichte, liest Rousseau und Hobbes. Die Frage, wie unterschiedlich sich Gesellschaften – abhängig von den Rahmenbedingungen – entwickeln, beschäftigt sie. Ihr Thema nimmt Fahrt auf. Nach dem Abitur studiert sie VWL und Politik. Anschließend die Doktorarbeit in Heidelberg zu Staatsfinanzen und Föderalismus. „Ich bin wirklich ein Föderalismus-Fan“, bekennt sie, „dieses System erlaubt es, ganz verschiedene Wege auszuprobieren.“

Mit ihrem Wissen über Bund-Länder-Finanzen gelingt ihr kurz darauf eine Punktlandung, als die grüne Bundestagsfraktion eine Haushaltsreferentin sucht. Es wird ihr Einstieg in die Politik. In Berlin ist sie unter Gleichgesinnten, die jeden Tag die Welt ein Stückchen besser machen wollen. „Kopf und Bauch signalisierten mir: Hier bist du richtig.“ Und so ist es auch jetzt wieder. Ihr Bauchgefühl ist offenbar ein guter Ratgeber. In ihrer Biografie greift ein Puzzleteil ins andere. Möchte sie mal was ganz anderes machen, ausbrechen, mit dem Motorrad um die Welt fahren? Sie schaut fast etwas verständnislos: „Ich bin keine Revoluzzerin.“ Als Abgeordnete im Bundestag möchte sie mit nichts und niemandem tauschen. „Ich bin ein Dialogmensch“, sagt sie über sich. Ihren Hang zum Akribischen lebt sie heute im Studieren von Parteistatuten und Satzungen aus. Für sie Ausdruck der ordnenden Funktion von Parteien als Maschinenraum der Demokratie.

Wenn die Zeit es hergibt, findet man sie und ihren Ehemann im Heidelberger Freundeskreis bei einer Runde Doppelkopf und einem Glas Rotwein. Als Mitglied der Heidelberger Karnevalsgesellschaft Perkeo hat es für sie dieses Jahr gerade noch zum politischen Aschermittwoch im schwäbischen Biberach gereicht. Dort bieten die Grünen der närrischen Deutungshoheit der Passauer CSU die Stirn. Die Bayerin aus Baden-Württemberg sagt: Unbedingt empfehlenswert!



Dr. Sandra Detzer

- Seit 2010 Mitglied von Bündnis 90/ Die Grünen
- 2011–2016 Parlamentarische Beraterin für Wirtschaft und Finanzen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag Ba-Wü
- 2014–2019 Stadträtin in Heidelberg
- 2016–2021 Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg
- Seit 2021 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss, Sprecherin für Wirtschaftspolitik der grünen Bundestagsfraktion, Landesgruppenvorsitzende Ba-Wü



ERNÄHRUNGSGS WENDE

Jetzt!

VON RENATE KÜNAST UND ZOE MAYER

*Gesunde Ernährung, Ökolandbau und Tierschutz gehören zusammen. Mit einem grün geführten Landwirtschaftsministerium haben wir die Möglichkeit, diese Ziele konkret voranzubringen: für eine Ernährungswende, die Verbraucher*innen statt Konzerne in den Mittelpunkt stellt.*

Ernährung ist Grundbedürfnis, Genuss, Gesundheit. Gesunde Ernährung – pflanzlich, saisonal, regional oder bio – steht für viele oben an. Gleichzeitig gibt es auch bei uns eine Tendenz zu Fehlernährung. Kein Wunder: Vom Supermarkt über den Bahnhofskiosk bis zur Kantine sind die Regale gefüllt mit Softdrinks, Eiscreme, Tiefkühlpizza. Das sind allesamt hoch verarbeitete Lebensmittel, die sich auf einen Nenner bringen lassen: zu süß, zu salzig, zu fettig.

Die gesundheitlichen Folgen zeigen sich in alarmierenden Zahlen: Bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen leiden an Übergewicht, sechs Prozent sind adipös. Hier spielt das speziell an Kinder gerichtete Marketing eine äußerst negative Rolle.

Bei den Erwachsenen sind zwei Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen übergewichtig. Was viele nicht wissen: Fehlernährung ist so tödlich wie Rauchen, jeder siebte

Todesfall geht darauf zurück. Gleichzeitig werden angesichts steigender Preise gesunde Lebensmittel für viele kaum mehr bezahlbar.

HALLO, ERNÄHRUNGSWENDE

Eine zukunftsfähige Ernährungspolitik geht diese Probleme an und hat jetzt die Chance, Realität zu werden. Sie bringt gesunde Lebensmittel auf die Teller und macht es einfach, nachhaltig und regional ausgerichtet zu essen – von der Kita bis zur Kantine, für alle und überall. Der Schutz der Kinder steht dabei im Zentrum. In Zeiten von Inflation und steigenden Energiepreisen ist auch die Bekämpfung von Ernährungsarmut ein wichtiges Anliegen.

GESUND FÜR MENSCH UND PLANET

Eine gute Ernährungsstrategie endet aber nicht in unserer Ernährungsumgebung. Zehn Milliarden Menschen werden bis 2050 auf der Erde leben. Es ist für alle möglich, sich gesund zu ernähren, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören, wenn wir unsere Essgewohnheiten umstellen: doppelt so viel Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte wie bisher, aber nur halb so viel Fleisch und Zucker. Wenn es zugleich gelingt, weniger Lebensmittel zu verschwenden und die Produktion zu verbessern, bekämpfen wir damit ebenso den Hunger weltweit.

Mit der Ernährungswende werden wir:

- die Gemeinschaftsverpflegung von Kita bis Krankenhaus neu ausrichten, hin zu mehr Bio-, regionalen und saisonalen Lebensmitteln
- pflanzliche Ernährung durch eine „Strategie für Proteine der Zukunft“ fördern, um tierisches Eiweiß nach und nach zu ersetzen
- der Lebensmittelverschwendung mit verbindlichen Reduktionszielen entgegensteuern, das Containern entkriminalisieren und Lebensmittelspenden erleichtern
- wirksame Werbeschränkungen für hoch verarbeitete Nahrungsmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt errichten
- uns für eine EU-weit einheitliche Nährwertkennzeichnung einsetzen

Auf dem Weg dahin haben wir zahlreiche Mitstreiter*innen. Von Ernährungsräten über Kommunen mit nachhaltiger Außer-Haus-Verpflegung bis zu den Krankenkassen und der Wissenschaft ziehen längst viele mit. Es sollte zu einer gesellschaftsübergreifenden Bewegung werden! Die Bundesregierung erarbeitet derzeit zudem noch die erste bundesweite Ernährungsstrategie, damit der Weg zur gesunden Ernährung klar wird.

ÖKOLANDBAU ALS GRUNDLAGE

Gesunde Ernährung fängt mit einer ökologischen, natürlichen Erzeugung von Lebensmitteln an. Und weitere gute Gründe sprechen für den Ökolandbau. Die derzeitige landwirtschaftliche Produktion und die Art der Flächennutzung sind für ein Viertel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Von einer schonenden und vielfältigen Produktionsweise profitieren deshalb nicht nur Klimaschutz und die gestresste Natur. Auch Landwirt*innen können sich mit Ökoqualität von Dumpingpreisen unabhängiger machen. Allen, die diesen Weg mitgehen, wollen wir ein faires Auskommen und Planungssicherheit bieten.

Unsere Ziele:

- 30 Prozent Ökolandbau bis 2030
- neue gentechnische Methoden im EU-Recht reguliert lassen, das Vorsorgeprinzip wahren
- die EU-Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auch in Deutschland umsetzen, den Einsatz reduzieren und den Export von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden stoppen
- ökologische Leistungen von Landwirt*innen honorieren, etwa Hecken, die Wiedervernässung von Mooren, alternative Bewirtschaftungsformen und Ökosystemleistungen im Wald

TIERSCHUTZ UMSETZEN

Eine ökologische Landwirtschaft und nachhaltiges Verbraucher*innen-Verhalten sind nicht denkbar, ohne den Tierschutz in den Blick zu nehmen. Wir müssen weg von den Megaställen, in denen weder Sau noch Kuh sich bewegen kann. Was den Tieren hilft, ist auch gut für den Natur- und Klimaschutz. Die Massentierhaltung in Deutschland ist nur möglich durch Futtermittelimporte im großen Stil. Deren Erzeugung trägt in Brasilien und Argentinien zur Zerstörung von Regenwäldern bei und gefährdet die Gesundheit.

Ein Schlüssel für bessere Bedingungen in der Tierhaltung ist die Information der Verbraucher*innen. Die aktuelle Kennzeichnung ist nur freiwillig. Damit räumen wir auf. Künftig soll auf einen Blick erkennbar sein, wie ein Tier gehalten wurde. Ein Gesetzentwurf des Landwirtschaftsministers Cem Özdemir für eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung wird derzeit im Bundestag beraten und weiter ergänzt. Für die Verbraucher*innen bedeutet das mehr Transparenz und die Möglichkeit, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen.

Das ist aber nur ein erster Schritt. Wir wollen die landwirtschaftliche Tierhaltung grundlegend umbauen. Statt große Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Futtermittelproduktion zu verschwenden, sollen vermehrt pflanzliche Nahrungsmittel angebaut werden. Das reduziert die Methanemissionen aus der Tierhaltung, die Umwelt und Klima schwer belasten.

Weitere Schritte:

- die Tierhaltungskennzeichnung auf weitere Tierarten und verarbeitete tierische Produkte ausweiten
- eine Förderung für den Umbau der Tierhaltung, verbunden mit einer Anpassung des Baurechts
- eine*n Tierschutzbeauftragte*n einsetzen
- das Tierschutzniveau durch eine umfassende Verbesserung des Tierschutzrechts erhöhen

Gesunde Ernährung, Ökolandbau und Tierschutz gehören zusammen. Deshalb muss Deutschland, den gesamten Sektor neu aufzustellen – mit klarem Fokus auf mehr Transparenz und Aufklärung, mehr Tierschutz, einer stärker pflanzlichen Ernährung und Nachhaltigkeit. So kann die Ernährungs- und Agrarwende gelingen.

- www.gruene-bundestag.de/ernaehrungswende



RENATE KÜNAST
Leiterin der AG Ernährung und Landwirtschaft



ZOE MAYER
Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft



TINA WINKLMANN
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

ANJA REINALTER
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung

Im Gespräch

SO GEHT'S AUFWÄRTS

Offene Stellen, unbesetzte Ausbildungsplätze, Arbeit, die liegen bleibt: Deutschland braucht dringend Fachkräfte. Wie sehen grüne Lösungen für die Misere am Arbeitsmarkt aus? Wir haben mit unseren zuständigen Abgeordneten Anja Reinalter und Tina Winklmann gesprochen.

profil:GRÜN: Ihr seid in der Fraktion für berufliche Bildung und Fachkräftemangel zuständig. Was motiviert euch dazu?

Tina: Ich mache Politik für Leute, die einen ähnlichen Berufsweg haben wie ich. Mit 15 Jahren habe ich meine Lehre begonnen und anschließend über 20 Jahre im Dreischichtsystem gearbeitet. Ich weiß also, wo es die Menschen zwickt – und ebenso, wie toll es ist, als Facharbeiterin seine Frau zu stehen. Als Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik war ich in einem absoluten Männerberuf. Da musste ich mich durchbeißen. So was macht mir Spaß – genauso wie mich als Arbeiterin in der

angeblichen „Akademikerfraktion“ von Bündnis 90/Die Grünen zu engagieren. Ich hoffe, mein Beispiel zeigt, dass jede*r etwas bewegen kann, unabhängig vom Schulabschluss.

Anja: Als Professorin für soziale Arbeit und ehemalige Berufsschullehrerin kenne ich beide Seiten. Deswegen liegt mir die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung am Herzen. Um das Klima zu schützen, brauchen wir eine sozial-ökologische Transformation unserer gesamten Wirtschafts- und Arbeitswelt. Deswegen stehen wir in der Verantwortung, berechnete Ängste vor dem

Strukturwandel auszuräumen. Egal, ob Menschen am Anfang oder in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens stehen: Sie brauchen echte Aufstiegsmöglichkeiten und neue berufliche Perspektiven. Das klappt nur mit einer Aus- und Weiterbildungspolitik, die Hand und Fuß hat.

Was muss dafür geschehen?

Tina: Eine verbreitete Ansicht in unserer Gesellschaft ist, dass diejenigen mehr wert sind, die studiert haben. Wie früher auf dem Dorf: Der Pfarrer und der Lehrer waren die Respektspersonen. Aber warum nicht der Schuster? Solche Berufe brauchen wir genauso für unser Alltagsleben, wie die Handwerker*innen, um die Energie- und Wärmewende auf und in die Häuser zu bringen. Wir müssen für den Fachkräftemangel in seiner Gesamtheit Lösungen finden. Deshalb kümmern wir uns um die Ausbildungsberufe genauso wie um die Studiengänge. Das muss zusammengedacht werden.

Anja: Genau. Wir brauchen beides: mehr Meister*innen und mehr Master, mehr Bachelor und Gesell*innen. Und nicht nur die. Wir brauchen genauso dringend genug Lehrkräfte, Erzieher*innen oder Pflegekräfte. Wir müssen den Menschen ermöglichen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Nicht alle haben Kinder, aber alle haben Eltern. Vereinbarkeit bekommen wir nur hin, wenn wir Kita-Plätze sowie gute, flächendeckende Versorgung für Pflegebedürftige anbieten und Ausbildung in Teilzeit erleichtern.

Wie wollt ihr berufliche Bildung attraktiver machen?

Anja: Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung verfolgt vielversprechende Ansätze. Berufliche Bildung muss individueller, innovativer und internationaler werden. „Individuell“ bedeutet, dass wir die Berufsorientierung stärken. Junge Menschen sollen ihre wirkliche Berufung finden können – und nicht nur aufs Studieren getrimmt werden. Zum Thema Innovation gehören Programme wie der Pakt für Berufsschulen. Die sollten genauso gut ausgestattet sein wie Hochschulen. Und Ausbildung muss internationaler werden. Azubis aus dem Ausland sollen zu uns kommen. Oder wir bilden sie direkt vor Ort aus. Viele deutsche Unternehmen haben internationale Zweigstellen.

Tina: Für uns Grüne ist zentral, dass Menschen sich individuell entfalten können. Daran arbeiten wir gerade beim Weiterbildungsgesetz. In Sektoren wie Mobilität, Gebäude, Industrie und Energie verändern sich die Anforderungen an die Arbeitnehmer*innen rapide. Deshalb stärken wir das lebenslange Lernen. Manche Jobs wird es aufgrund des raschen Strukturwandels und der Digitalisierung in zehn Jahren nicht mehr geben. Mit Umschulungsangeboten zeigen wir den Menschen: Ihr werdet weiterhin gebraucht! Durch Weiterbildung im Alter sollen Beschäftigte ihren Beruf lange ausüben können. Dann wird zum Beispiel die ältere Dachdeckerin zur Ausbilderin mit reichem Erfahrungsschatz.

Anja: Noch eine Zahl ist mir wichtig: Hier in Deutschland leben 2,3 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ohne Berufsabschluss. Für sie ist Berufsorientierung wirklich ein ganz wichtiger Schlüssel: Dazu gehört auch, in Betriebe zu gehen, um Erwartungen an den Beruf mit der Realität abzugleichen. Ein anderer ist eine passende Unterstützung für Jugendliche, die bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Viele wären eine Bereicherung für ihren Betrieb, wenn sie nicht an der Bewerbung oder den Prüfungen verzweifeln würden. Ihnen wollen wir helfen. Sei es durch assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen oder die Ausbildungsgarantie.

Tina: Die Ausbildungsgarantie diskutieren wir gerade innerhalb der Koalition. Uns Grünen ist es ein besonderes Anliegen, sie inklusiv zu gestalten. Deshalb setzen wir uns für eine personenzentrierte und bedarfsorientierte Unterstützung ein, zum Beispiel durch Sprachförderungen oder auch Teilzeitangebote. Teil des Weiterbildungsgesetzes ist auch das Qualifizierungsgeld. Damit können mehr Weiterbildungen für die notwendigen Transformationsaufgaben gefördert werden.

Welche Rolle spielt die Einwanderung?

Anja: Eine sehr große. Bei uns in Süddeutschland gibt es viel mehr freie Lehrstellen als Bewerber*innen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes Anerkennungspartnerschaften einführen werden. Menschen können so bereits arbeiten, bevor ihr Anerkennungsverfahren abgeschlossen ist. Betriebe durften Menschen aus Drittstaaten bisher nur dann ausbilden, wenn sie keine*n deutsche*n Azubi fanden. Diese Vorrangprüfung fällt nun endlich weg.

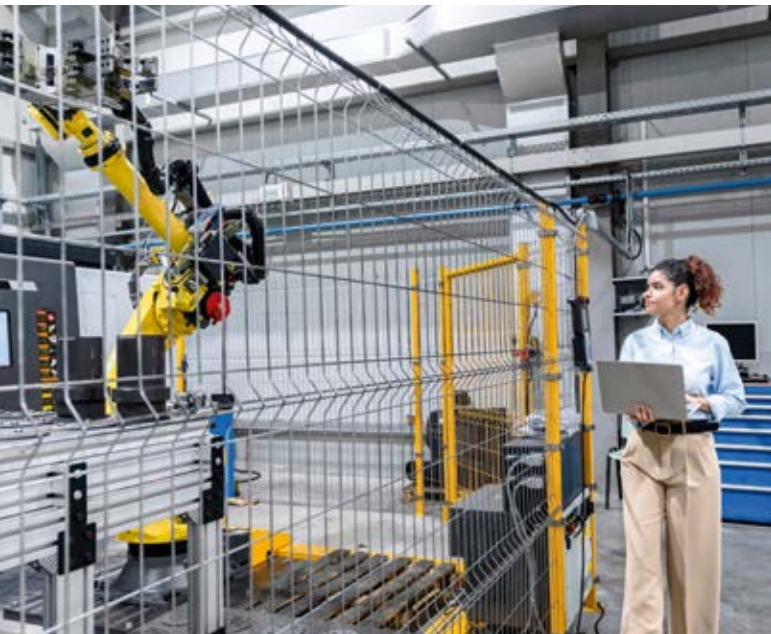
Tina: Nach dem Prinzip „Ausbildung statt Abschiebung“ eröffnen wir mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht seit diesem Jahr Menschen eine Perspektive, die bis dahin in prekären Duldungsverhältnissen bei uns lebten. Aber wir müssen deutlich attraktiver für Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland werden. Alle sollen sich hier willkommen fühlen. Deswegen werden wir die Fachkräftestrategie mit einer Arbeitskräftestrategie koppeln. Wir wollen beispielsweise die Sprachanforderungen darauf prüfen, welches Niveau wirklich für welchen Job benötigt wird.

Anja: Wir müssen um internationale Fachkräfte werben, statt sie mit einem Bürokratieparcours abzuschrecken. Indem wir Fristen verkürzen oder Fördermittel für die Nachqualifizierung bereitstellen, werden wir Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse abbauen. Durch den demografischen Wandel fehlen uns heute bereits die Kinder der Eltern, die nie geboren wurden. Neben Aus- und Weiterbildung ist Zuwanderung daher der zweite Schlüssel, den Fachkräftemangel zu beheben. Unsere Botschaft ist klar: Wir schaffen das nicht allein!

● www.gruene-bundestag.de/fachkraeftemangel

Berichte aus den FACHBEREICHEN

Fachbereich 1 WIRTSCHAFT & SOZIALES



Wirtschaft:

WOHLSTAND VON MORGEN IM BLICK

Der Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war und ist eine Herausforderung für viele Betriebe. Wir als Bundestagsfraktion haben gemeinsam mit der Bundesregierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Auswirkungen abzumildern. Die Hilfspakete haben ihre Wirkung entfaltet. Die Unternehmen haben gezeigt, dass sie robust mit Krisensituationen umgehen können.

Und tatsächlich hat sich die Stimmung bei den Unternehmer*innen gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Die Bundesregierung rechnet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht mit einem leichten Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent für 2023.

Die erreichten Erfolge dürfen zuversichtlich machen, aber nicht träge: Jetzt brauchen wir den Turbo für die Transformation! Die Zeit ist reif, den Investitions- und Industriestandort Deutschland langfristig zu stärken und klimaneutral umzubauen. Für uns als Bundestagsfraktion heißt das, jetzt große strukturelle Aufgaben anzupacken. Wir kümmern uns um saubere bezahlbare Energie und setzen gezielte Anreize für Investitionen in Klimaschutz. Wir erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit, fördern Innovation, Aus- und Weiterbildung sowie die Zuwanderung von Fachkräften. Und wir stärken die strategische Handlungsfähigkeit und Resilienz in Europa – zusammen mit unseren internationalen Partner*innen.

Wir Grüne wissen zudem: Wohlstand ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt. Gewinne sind gut – aber ob es unserer Gesellschaft gut geht, zeigt sich an mehr als am Wachstum. Seit Jahren setzt sich die Bundestagsfraktion deshalb für eine Wohlstandsberichterstattung ein. Seit verganginem Jahr ist diese nun Teil des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung.

Der Bericht untersucht jetzt beispielsweise auch den Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen: als Frage der Einkommensgerechtigkeit, als ökonomische Kennzahl vor dem Hintergrund feministischer Wirtschaftspolitik und des Arbeits- und Fachkräftemangels. Das Sonderkapitel zur Wohlfahrtsmessung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wohlstandsberichterstattung. Dank uns wird Wirtschaftspolitik damit in Zukunft auch Umwelt, Klima und soziale Gerechtigkeit in den Blick nehmen.

● www.gruene-bundestag.de/wirtschaft

Fachbereich 2 ÖKOLOGIE

Natur- und Klimaschutz: **NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ KOMMT**

Natürlicher Klimaschutz sorgt für eine doppelte Rendite: Er sichert die Artenvielfalt und bindet das Klimagas Kohlendioxid. Eine zukunftsträchtigere ökologische Investition gibt es nicht! Daher brachte Umweltministerin Steffi Lemke das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) an den Start. Mit einem vier Milliarden Euro schweren Paket bringen wir Moore und Feuchtgebiete wieder ins Gleichgewicht, bauen Wälder naturnah um, schützen Küsten und entwickeln innerstädtisches Grün. Jetzt braucht der natürliche Klimaschutz unbürokratische Förderrichtlinien, entscheidungsfähige Genehmigungsbehörden und nicht zuletzt tatkräftige Projektträger in den Kommunen sowie Verbänden.

In der 19. Wahlperiode hat die grüne Bundestagsfraktion mit dem Antrag „Naturschutz ist Klimaschutz“ den Grundstein für das Aktionsprogramm gelegt. Auf ihrer Klausur im März 2023 stellte sich die Fraktion mit ihrem Beschluss „Moore, Wälder und Gewässer als Bündnispartner für Klimaschutz nutzen“ voll und ganz hinter das ANK.

● www.gruene-bundestag.de/naturschutz

Energiewende: **TURBO FÜR ERNEUERBARE**

Anfang 2023 hat die Europäische Union mit der auf 18 Monate befristeten EU-Notfallverordnung die Möglichkeit geschaffen, Erneuerbare und die notwendige Infrastruktur schneller auszubauen. Anfang März hat die Ampelkoalition die Verordnung in nationales Recht umgesetzt. Damit beschleunigen wir nun insbesondere die Genehmigungsverfahren für Windparks und Stromleitungen. Dies ist notwendig, um unsere Energieversorgung schneller auf die sauberen und sicheren erneuerbaren Energien umzustellen und um die gefährliche Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kontinuierlich abzubauen. Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen werden wir laufend evaluieren und im Juni 2024 überprüfen.

● www.gruene-bundestag.de/energiewende

Ernährung: **BESSER ESSEN (KONFERENZ AM 12. MAI)**

In ganz Deutschland soll es leichter werden, gesunde und nachhaltige Lebensmittel auf den Tisch zu bekommen. Dafür koordiniert das Agrarministerium unter Cem Özdemir bis Ende des Jahres eine Ernährungsstrategie der Bundesregierung. Wir als grüne Bundestagsfraktion nehmen dies zum Anlass, mit euch und Ihnen über die Ernährungswende zu diskutieren. Auf unserem Kongress am 12. Mai wollen wir von Expert*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Praxis wissen: Wie können wir uns in Zukunft so ernähren, dass es unserer Gesundheit und der unseres Planeten guttut? Die Ergebnisse werden allen Teilnehmenden zugänglich gemacht und bieten eine Vorlage für die fraktionsinterne Diskussion.

● www.gruene-bundestag.de/termine

Fachbereich 3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Demokratie: **GEDENKEN AN QUEERE NS-OPFER**

In der jährlichen Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus standen am 27. Januar 2023 im Bundestag erstmals die Menschen im Mittelpunkt, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt, in Konzentrationslager gesperrt und ermordet wurden. Endlich! Dafür haben wir Grüne uns lange eingesetzt. In der bewegenden Gedenkstunde wurden Opferbiografien vorgetragen. Auch wurde an die langjährige Ausgrenzung dieser Opfergruppe erinnert, ebenso an die fortgesetzte strafrechtliche Verfolgung Homosexueller nach 1945. Die Holocaust-Überlebende Rozette Kats hielt ein eindringliches Plädoyer für die Solidarität mit queeren Menschen.

● www.gruene-bundestag.de/queer



Foto: Redaktion

Integration: **CHANCEN FÜR GEDULDETE**

Seit diesem Jahr gilt das Chancen-Aufenthaltsrecht für langjährig geduldete Menschen in Deutschland. Wir schaffen damit die entwürdigenden Kettenduldungen ab und ermöglichen Perspektiven für Menschen, die bereits Teil unserer Gesellschaft sind. Menschen, die zum 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren geduldet oder gestattet hier leben und straffrei sind, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht. Während dieser Zeit haben sie Gelegenheit, die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Diese Reform leistet zugleich einen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel und für Integration von Anfang an: Denn sie öffnet den Zugang zu Integrationskursen für alle Asylsuchenden.

● www.gruene-bundestag.de/integration

Innere Sicherheit: **KEIN STAAT FÜR EXTREMISTEN**

Wir werden das Disziplinarrecht verschärfen, um Verfassungsfeind*innen schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Wer diesem Staat dient, darf ihn nicht bekämpfen. Bei der Entfernung aus dem Staatsdienst gibt es zu Recht hohe Hürden. Doch eine konsequente und zügige Verfolgung von verfassungsfeindlichen Handlungen ist wichtig für das Vertrauen in den Staat und damit auch für die übergroße Mehrheit der verfassungstreuen Staatsbediensteten. Das Bundeskabinett hat dazu einen Gesetzentwurf beschlossen. Bereits im Vorfeld konnten wir Grüne in diesem Entwurf Verbesserungen erreichen und werden nun im parlamentarischen Verfahren konstruktiv weitere Vorschläge einbringen.

● www.gruene-bundestag.de/innenpolitik



Fachbereich

4 INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Europa:

STARKES ZEICHEN FÜR TRANSNATIONALE LISTEN UND SPITZENKANDIDAT*INNEN

Zum Vorschlag des Europäischen Parlaments für eine Reform des europäischen Wahlrechts vom Mai 2022 haben die Ampelfraktionen im Bundestag eine Stellungnahme eingebracht. Darin setzen wir ein deutliches Ausrufezeichen für mehr europäische Demokratie durch ein gestärktes Europäisches Parlament.

Wir wollen insbesondere transnationale Listen einführen und das Spitzenkandidatenprinzip verankern. Damit lösen wir unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Gemeinsam mit dem EU-Parlament unterstützen wir zudem die angemessene Repräsentanz aller Mitgliedstaaten bei der Verteilung der transnationalen Listenplätze und die einheitliche Absenkung des aktiven Wahlrechts bei der Europawahl auf 16 Jahre.

Wir Grüne im Bundestag setzen uns auch weiterhin für die paritätische Besetzung der Wahllisten ein. Bei der für große Mitgliedstaaten vorgesehenen Mindestschwelle sprechen wir uns für eine moderatere Bandbreite (zwischen zwei und fünf Prozent) aus. Die sorgt ausreichend dafür, dass das Europäische Parlament als Gesetzgeber weiter funktioniert, und erhält gleichzeitig die Chancen für kleinere Parteien.

Als einen Zwischenschritt werden wir der 2018 im Rat beschlossenen, aber von Deutschland noch nicht ratifizierten Reform des Direktwahlakts in den kommenden Wochen zustimmen. Dessen Umsetzung in nationales Recht kann aber frühestens mit Wirkung für die Europawahl 2029 erfolgen, wenn Spanien und Zypern ebenfalls



zustimmen – und wenn es vorher keine europäische Einigung auf eine modernere Reform gibt.

Fazit: Mit der Stellungnahme geben wir der Bundesregierung ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten im Rat an die Hand. Unser gemeinsames Ziel bleibt ganz klar ein grundlegend erneuertes europäisches Wahlrecht entlang der Positionen unserer Stellungnahme. Denn mit mehr europäischer Demokratie stärken wir in diesen herausfordernden Zeiten auch den Zusammenhalt und unsere Grundrechte in Europa!

● www.gruene-bundestag.de/europa

Foto: picture alliance/ Geisler-Fotopress

Fachbereich

5 ZUSAMMENLEBEN, WISSEN, GESUNDHEIT

Kultur: **DIE FILMFÖRDERUNG REFORMIEREN**

Das Kino und der Film sind im Wandel: Die Verwertungs- sowie Vertriebswege, aber auch unsere Seh- und Nutzungsgewohnheiten haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Diesem Wandel muss das Fördersystem Rechnung tragen. Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat im Rahmen der Berlinale daher acht Eckpunkte für die Reform der Filmförderung vorgestellt. Diese hat die grüne Bundestagsfraktion kurz darauf beim Parlamentarischen Frühstück zur Berlinale am 21. Februar mit Vertreter*innen aus der Film- und Kinobranche diskutiert. Die Eckpunkte sehen beispielsweise eine verbesserte Standortförderung vor oder erwägen steuerliche Anreizmodelle für deutsche und internationale Produktionen. Zugleich prüfen sie eine Verpflichtung für Streaming-Plattformen, Teile ihres Umsatzes in Deutschland zu reinvestieren. Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit gelten fortan zudem als Fördervoraussetzungen.

● www.gruene-bundestag.de/kultur

Wissenschaft und Forschung:

IDEEN FÜR DEN WANDEL

Zukunft wird aus Ideen gemacht – mit Forschung und nachhaltigen Innovationen. Doch lange verstaubten neue Konzepte für den sozial-ökologischen Wandel auf dem Campus und im Labor, weil die politische Unterstützung fehlte. Um bei Klimaneutralität, dem Erhalt der Artenvielfalt oder dem Schutz vor neuartigen Erkrankungen schneller voranzukommen, haben wir jetzt eine Forschungsstrategie vorgelegt, die die Herausforderungen anpackt. Über die Grenzen einzelner Ministerien hinweg setzen wir zusammen mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft Ideen für den sozial-ökologischen Wandel um: Ob klimaneutraler Bau, der Abbau von Diskriminierung oder der Schutz kritischer Infrastrukturen – mit der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ machen wir unser Land zukunftsfest.

● www.gruene-bundestag.de/forschung

Gesundheit:

MEHR QUALITÄT UND VERLÄSSLICHKEIT

Das Fallpauschalensystem im Krankenhaus belastet das Personal, gefährdet die Versorgung ländlicher Räume und die Qualität. Die Ampelkoalition hat darum in ihrem Koalitionsvertrag eine Reform der Krankenhausfinanzierung vereinbart. Inzwischen hat die damit beauftragte Regierungskommission ihre Empfehlungen abgegeben. Auf deren Basis beraten Bund und Länder bis zum Sommer über die Details der Reform. Danach wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Ziele der Reform sind, bedarfsnotwendige Krankenhäuser verlässlich zu finanzieren, ökonomische Fehlanreize zu verringern und die Versorgungsqualität zu erhöhen.

● www.gruene-bundestag.de/gesundheit

Foto: Picture Alliance

40 Jahre XLI GRÜNE IM BUNDESTAG

GRÜN
& GRÜNER



Digitalkonferenz: NACHHALTIG BY DESIGN

Ob bei der Modellierung von Klimaszenarien oder beim Einsatz intelligenter Stromnetze für die Energiewende: Klimaschutz braucht digitale Innovationen. Gleichzeitig frisst die Digitalisierung enorme Energie und Ressourcen: Wäre das Internet ein Staat, stünde es auf Platz 6 der globalen Emittenten von Treibhausgasen – und beim Umgang mit Daten im Demokratieindex weit hinten. Wie also kann der Weg in eine nachhaltige digitale Zukunft aussehen? Diese Kernfrage stellte die Digitalkonferenz der grünen Bundestagsfraktion am 10. März.

Allein vor Ort im Paul-Löbe-Haus des Bundestags diskutierten etwa 400 Expert*innen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft rege mit. Hochkarätige Panels und Vorträge, unter anderem von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und dem Klimaforscher Prof. Dr. Mojib Latif, gaben Impulse für den Austausch. In zehn Work-

shops konnten die Teilnehmenden Schlüsselthemen einer nachhaltigen Digitalisierung vertieft mit den Abgeordneten und Fachreferent*innen der grünen Fraktion erörtern. Dabei ging es um nachhaltige Rechenzentren genauso wie um freie, offene Software und vieles andere mehr. Auch die Chancen und Risiken digitaler Mobilität und Landwirtschaft waren ein Thema.

Tabea Rößner, Vorsitzende im Ausschuss für Digitales im Bundestag, und Maik Außendorf, Sprecher für Digitales der grünen Bundestagsfraktion, zeigten sich mit dem Ergebnis der Konferenz sehr zufrieden. Kein Wunder: Ideen und Aufgaben für ihre parlamentarische Arbeit konnten die Abgeordneten reichlich mitnehmen. Jetzt geht es an die Umsetzung – damit die nachhaltige Digitalisierung schnell Realität wird. Den vollständigen Bericht und eine Aufzeichnung der Konferenz gibt es hier:

● www.gruene-bundestag.de/digitalkonferenz

MIT 28 ABGEORDNETEN zog die erste grüne Fraktion in den Deutschen Bundestag ein. Wir haben damals nicht nur das Hohe Haus und die deutsche Politik verändert, sondern seitdem sehr viele Forderungen, für die wir angetreten sind, erreicht und es gibt noch so viel zu tun. Es ist kein Zufall, dass die Zahl 40 in römischen Ziffern geschrieben XL heißt. Denn heute, 40 Jahre später, sind wir Grüne im Bundestag mit 118 Abgeordneten so stark, so jung und so vielfältig wie nie. Wir sind Regierungsfraktion und kämpfen heute – wie zu Beginn vor 40 Jahren – dafür, Lösungen auf Augenhöhe mit den Problemen unserer Zeit und für ein besseres Morgen zu liefern.

Auf unserer Website, in den sozialen Medien, mit Videos und vielem mehr werden wir das Jubiläum das ganze Jahr lang immer wieder feiern. Schaut rein, lasst euch überraschen und mitnehmen auf unsere Zeitreise in die Zukunft.

● www.gruene-bundestag.de/40jahre

Parl. Abend Frauenpolitik: KEIN BISSCHEN LEISE

Das 40-jährige Jubiläum der Bundestagsfraktion bildete beim diesjährigen Parlamentarischen Abend zum Internationalen Frauentag am 28. Februar den Rahmen. Wir blickten zurück auf Debatten und Streits, auf Errungenschaften und Erfolge unserer Abgeordneten. Denn grüne Frauen haben die politische Landschaft verändert und viel erreicht. Das zeigten unter anderen Ulle Schauws, Leiterin der AG Familie, Senior*innen, Frauen, Jugend und Queer, und die ehemalige frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Irmgard Schewe-Gerigk auf. Vergewaltigung in der Ehe ist heute strafbar, weil sich Frauen über Fraktionsgrenzen hinweg zusammentaten und erfolgreich netzwerkten. Themen wie Selbstbestimmung von Frauen, der Kampf für reproduktive Rechte und Gewaltschutz oder für Gleichberechtigung im Arbeitsleben ziehen sich wie ein lila Faden durch die Politik der Fraktion.

Und jetzt geht es weiter! Denn mit Lisa Paus besetzen wir Grüne in der Ampelkoalition erstmals das Frauenministerium. Wir haben bereits Paragraph 219a aus dem Strafrechtsgesetzbuch gestrichen, die Umsetzung der Istanbul-Konventi-



on maßgeblich vorangetrieben und ein „Bündnis gegen Sexismus“ geschmiedet. Fortan wird sich die Ministerin verstärkt der ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter widmen, wie sie im Gespräch mit Moderatorin Boussa Thiam auf dem Frauenempfang verriet. Es bleibt also spannend – und wir freuen uns auf die kommenden 40 Jahre feministische grüne Politik!

● www.gruene-bundestag.de/frauenempfang

Ein Jahr Krieg: STAND WITH UKRAINE

Am 24. Februar 2023 jährte sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zum ersten Mal. Anlässlich des traurigen Jahrestags hat die grüne Bundestagsfraktion die Aktivistinnen Oleksandra Matviichuk und Hanna Hopko sowie den ukrainischen PEN-Vorsitzenden Volodymyr Yermolenko zu einem digitalen Fachgespräch eingeladen. In eindrücklichen Worten schilderten sie die Lage in ihrer Heimat. Trotz der gegenwärtigen Schrecken blickten sie auch mit Hoffnung und Zuversicht auf die Zukunft des Landes: auf den Wiederaufbau, die EU-Mitgliedschaft. Dabei können wir sie nur unterstützen und stehen unvermindert solidarisch an der Seite der Ukraine! Das zeigten die Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge mit vielen weiteren Abgeordneten anschließend auf der Straße, bei der Großdemonstration in Berlin. Die Veranstaltung haben wir aufgezeichnet.

● www.gruene-bundestag.de/ukraine



Foto: T. Reiling

Foto: Stefan Kaminski

Foto: A. Schamoni

TERMINE

Pandemiebedingt bieten wir weiterhin auch digitale Veranstaltungen an.

GIRLS' DAY 2023

Aktionstag am 27.4.2023 im Deutschen Bundestag
Öffentlichkeitsarbeit, T. 030/227 51280
oea@gruene-bundestag.de

RETTUNGSDIENSTE – WAS IST WICHTIG FÜR DIE NOTFALLREFORM?

Online-Konferenz am 3.5.2023
FB 5-Koordination, T. 030/227 51066
fachbereich5@gruene-bundestag.de

GRÜNE WÄRME FÜR ALLE

Konferenz (z. T. mit Livestream)
am 5.5.2023 in Berlin
FB 2-Koordination, T. 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

BESSER ESSEN – GESUND FÜR MENSCH UND PLANET

Konferenz am 12.5.2023 in Berlin
FB 2-Koordination, T. 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:

- gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

FLYER

20|11 Endlager – Die Suche gelingt
nur gemeinsam

ZEITSCHRIFT

20|12 Entlastungen, die wirken
(profil:GRÜN Dez. 22)

Mehr unter:

- gruene-bundestag.de/publikationen

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr und kann unter oben
stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse,
Initiativen, Bundestagsreden, Videos
und Newsletter auf:


- gruene-bundestag.de


VIDEO


40 Jahre Grüne im Bundestag:

- gruene-bundestag.de/videos

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 [gruene.social/
@GrueneBundestag](https://gruene.social/@GrueneBundestag)